

Gerfried Sperl

Die umgefärbte Republik

Anmerkungen zu Österreich

ISBN-10: 3-552-05218-6

ISBN-13: 978-3-552-05218-5

Weitere Informationen oder Bestellungen unter
<http://www.zsolnay.at/978-3-552-05218-5>
sowie im Buchhandel

Wiederauflage

Aus dem in den Meinungsumfragen favorisierten Linkswalzer wurde nichts. Einen Tag nach dem Wiener Opernball 2003 einigten sich ÖVP und FPÖ: Es wird politisch weiter Rechtswalzer getanzt. Nach Wolfgang Schüssels triumphalem Wahlsieg am 24. November 2002 hatte man ja schon geglaubt, aus dem kleinen Schwarzen sei ein großer geworden: Schüssel, der schwarze Kreisky. Doch am Ende des Verhandlungsmarathons war der Bundeskanzler und ÖVP-Obmann wieder zurechtgestutzt auf Normalmaß. Seinen Sieg hatte er fast verspielt, so daß am 28. Februar 2003 ein zwar gut gelaunter, aber erstmals seit drei Jahren politisch verwundbarer Regierungschef beim Bundespräsidenten seine Minister und Staatssekretäre präsentierte.

So schroff und abweisend wie im Februar 2000 war Thomas Klestil nicht. Aber ein Lächeln war dem Gesicht des österreichischen Staatsoberhauptes nicht zu entlocken, als am letzten Februartag 2003, vier Tage vor dem Ende des Faschings, die Regierung Schüssel II angelobt wurde. Von Anfang an, genaugenommen seit Ende November, als er Wolfgang Schüssel mit der Regierungsbildung beauftragte, hatte Klestil keine besondere Rolle. Assistent von seinen politischen Freunden, den Großkoalitionären Michael Häupl und Erwin Pröll, hatte er auf Schwarz-Rot insistiert. Dieser Wunsch wurde ihm nicht erfüllt, weshalb ihm letztlich wie schon drei Jahre zuvor bloß die Rolle der Protokollierung des Faktischen blieb. Noch einmal Schwarz-Blau – und die den Alltag überdauernde Frage, ob Österreich in Zukunft den Mann in der Hofburg überhaupt braucht. Zum Unterschied von 2000 konnten die designierten Regierungsmitglieder in verbrauchter Frische über den Ballhausplatz marschieren und mußten nicht unterirdisch an den Ort ihrer Angelobung gelangen. Nur wenige hundert Demonstranten waren aufmarschiert. Auch das Kabinett selbst wirkte blaß: Als Programm präsentierte der Bundeskanzler zusammen mit dem neuen Vizekanzler Herbert Haupt eine Revue der Ankündigungen, von denen die meisten schon zwei Tage später einer Prüfung durch Fachleute nicht mehr standhielten. Schüssel II ist ein politischer Verschiebebahnhof, in dem alle Maastricht-relevanten Steuerreformen und Gebührenerhöhungen auf das nächste Jahr

verschoben werden. Die Themenkreise: kleine Steuerreform 2004, eine große erst 2005, obwohl niemand weiß, wie sich die Konjunktur dann verhalten wird; Abschaffung der Frühpension bis 2009, jetzt bereits Ausnahmen; frühestens ab 2004 Selbstbehalte im Gesundheitswesen, die von Gremien beschlossen werden, welche noch nicht reformiert sind; ab 2004 Steuern auf umweltfeindliche Energieformen. Im großen und ganzen wenige Punkte, die so klar sind, daß sie als abgesichert gelten können. Und im speziellen viele vage Formulierungen, weil vom Kärntner Landeshauptmann Haider noch vor der Unterschrift unter den Koalitionsvertrag Einsprüche angemeldet wurden, die die Erhöhung der Mineralölsteuer und fünf Euro für jeden Arztbesuch ausschlossen.

Allein die Steuerreform entwickelt sich zu einem finanzpolitischen Rätsel. Blenden wir zurück: Spätestens 2003 hätte nach dem Willen von Schwarz-Blau I eine Reform als Entlastung für Kleinverdiener kommen sollen, antizyklisch zu einer ökonomischen Abschwächung. Die Reform kam nicht, offiziell wegen der Jahrhundertüberschwemmung im Norden Österreichs. Jetzt auf einmal die Kehrtwende. Die für 2005 geplante Steuersenkung soll prozyklisch stattfinden und aus Gebührenerhöhungen finanziert werden. Konflikte mit Jörg Haider sind vorprogrammiert. Mitte März drohte er bereits mit einer Abspaltung der Kärntner FPÖ, weil die Parteispitze eine Gehaltsfortzahlung für die ausgeschiedenen Minister unterstützt hat.

Immerhin, Wolfgang Schüssel tut etwas für die Arbeitsplätze. Die Regierung ist um zwei Mitglieder gewachsen, sie forciert die Familienzusammenführung im Machtkartell, und sie hat Retrocharakter. Damit die FPÖ nicht schwächer wird als ihr Wahlergebnis und damit sie möglichst viel Personal aus Steuergeldern bezahlen kann, erhielt sie gleich drei Staatssekretäre. Aus den Familien Haider und Pröll sind mit Ursula Haubner und Josef Pröll zwei kompetente Mitglieder in die Regierung eingerückt. Und mit dem oberösterreichischen Lobbyisten Helmut Kukacka ist ein Proporzexperte an die Spitze des Staats zurückgekehrt. Sieht man ab von Ministern, die schon bisher durch eine Kombination aus Effizienz und politischer Begabung aufgefallen sind, präsentiert sich Schüssel II somit als Freilichtmuseum für das Proporz- und Befriedigungsdenken klassischer Parteipolitik: Verwandte als

Minister, um Kritiker zu beruhigen, Politiker aus den Bundesländern nach Wien, um Rivalen zu beseitigen, Staatssekretäre als Aufpasser, damit die Kontrolle paßt.

Sollten die Neuen nicht über sich hinauswachsen, wäre dieses Kabinett vor allem eines: attraktiv genug zur Belebung der Kabarettsszene.

Nach dem Wahlsieg Schüssels glaubte man, der Gestärkte würde durch eine Regierung der besten Köpfe das Unternehmen Österreich neu positionieren. Davon kann jedoch nicht die Rede sein. Die Zukunftsfreude ist draußen, der alte Trott wieder drinnen. Wie lange kann eine so instabile Regierung halten?

Da in Österreich Provisorien manchmal langlebig sind, hat sie durchaus Chancen. Außer Jörg Haider ist der Meinung, daß er vor den Kärntner Landtagswahlen, die 2004 stattfinden sollen, keine Belastungen brauchen kann. In diesem Fall käme es zu einem Knittelfeld II, zu einem Showdown wie im September 2002, als das Kabinett Schüssel I an einem freiheitlichen Rebellentreffen unter der Führung des Kärntner Landeshauptmanns zerbrach. Kleinere Scharmützel gab es bereits während der Regierungsverhandlungen. Zunächst mußte ein Machtkampf zwischen dem Industriellen Thomas Prinzhorn und dem Parteivorsitzenden Herbert Haupt entschieden werden. Erst als die ÖVP signalisierte, sie könne sich einen Vizekanzler Prinzhorn nicht vorstellen, entschied sich die FPÖ für den Kärntner Tierarzt Haupt. Wenige Tage später folgte eine neuerliche Verstörung: Als Haupt via ORF für die FPÖ Anspruch auf das Innenressort erhob, dafür postwendend von der ÖVP kritisiert wurde, versuchte er, seine eigenen Worte als Erfindung der Medien hinzustellen.

Auch wenn der alte und neue Bundeskanzler Zuversicht verströmte, war allen Kommentaren abzulesen: Wolfgang Schüssel mußte der FPÖ mehr zugestehen als ursprünglich nötig. Nach der verheerenden Wahlniederlage standen Haupt & Co. drei Monate später als die Gewinner des Sondierungs- und Verhandlungsmarathons da. Schüssels neuerliche Entscheidung für die Freiheitlichen bedeutet immerhin eine Klärung der innenpolitischen Situation. Zum einen bedient der Bundeskanzler durch die Fortsetzung jene ehemaligen Haider-Wähler, die ihm, Schüssel, zum Sieg verholfen haben. Zum anderen bleibt die Volkspartei auf einem strammen Rechtskurs. Sie

streift zwar die Mitte, aber sie ist nicht dort. Die Regierungsfraktion der ÖVP nimmt die Instabilität des altneuen Partners in Kauf und hofft wider besseres Wissen auf politisches Glück.

Ehe die Regierung gebildet wurde, war es ein letztes Mal zu einer schwarz-roten Berührung gekommen, die wie die sogenannten Sondierungen zwischen den beiden Parteien mit einer Kollision endete. Nach dem Scheitern der Variante Schwarz-Grün war SPÖ-Parteichef Alfred Gusenbauer (vom Schifahren in Lech am Arlberg) nach Wien geeilt, um die Bedingungen für eine Liaison mit der Volkspartei auszuloten. Es war vergebens. Unter dem Titel „... dann rauschte der Kanzler ab“ schilderte Gusenbauer in profil seine Sichtweise: Am 18. Februar habe man mehr als vier Stunden detailliert über Reformvorhaben diskutiert; tags darauf sei er plötzlich mit einem 28seitigen Papier der ÖVP und dem Wunsch konfrontiert gewesen, sofort die Abfangjägerfrage abzuhaken. Schüssel wollte ein unterfertigtes Positionspapier in den ÖVP-Vorstand mitnehmen. Das habe er verweigert. Und am Abend sprach sich dieser Vorstand mit den Gegenstimmen der Landeshauptleute von Ober- und Niederösterreich für Verhandlungen mit der FPÖ aus.